

nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu tun. Das ist zu einer Grundvoraussetzung für die Zukunft der Völker und damit auch für ihren gesellschaftlichen Fortschritt geworden.

Die DDR ist sich dieser Verantwortung bewußt. Im Aufbruch des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes heißt es: „Für den Frieden - dafür handeln wir, wenn wir den aggressivsten imperialistischen Kräften keine militärische Überlegenheit gestatten und unseren Beitrag zur Sicherung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen Warschauer Vertrag und NATO leisten. Es preiszugeben hieße, gegen die Lehren des zweiten Weltkrieges zu verstoßen.“

30 Jahre Warschauer Vertrag beweisen, daß der Aufbau der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten ein gewichtiger Beitrag zur Zügelung der imperialistischen Aggressoren war und auch weiterhin ist. Der Abschluß des Warschauer Vertrages wurde durch die fortgeschrittene Zusammenarbeit der sozialistischen Länder in Europa möglich und durch die verschärfte Aggressionspolitik des Imperialismus unerläßlich.

1949 entstand auf Betreiben der USA die NATO. Die aggressiven Kreise des Imperialismus glaubten, durch die Vereinigung ihrer ökonomischen und militärischen Potenzen den Sozialismus zurückrollen zu können. Sie errichteten um die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder einen Ring von militärischen Pakten, von Stützpunkten und Militärbasen.

Die BRD wurde nach Abschluß des sogenannten Generalvertrages mit den USA, Großbritannien, Frankreich und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft selbst Mitglied des aggressivsten imperialistischen Militärbündnisses. Sie wurde zu einer Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ausgebaut. All das erfolgte zur Durchsetzung der NATO-Konzeption, den historischen Vormarsch des Sozialismus mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Mitteln aufzuhalten, ihn als weltpolitischen Faktor und als gesellschaftliche Alternative auszuschalten.

Die europäischen sozialistischen Staaten konnten dieser Entwicklung nicht tatenlos Zusehen. Der Aggressionskurs des Imperialismus zwang dazu, die Verteidigungskraft ihrer Länder weiter zu erhöhen. Ein wesentlicher Schritt dazu war der mit dem Warschauer Vertrag vollzogene Übergang zur kollektiven Verteidigung des Sozialismus.

Seit 1955 steht dem aggressiven NATO-Militärpakt eine einheitlich handelnde, geschlossene und modern bewaffnete Militärbündnis gegenüber. Das historische Dokument vom 14. Mai 1955 ist die Geburtsurkunde eines Bündnisses, in dem die Lenin-

sche Lehre von der kollektiven Verteidigung des Sozialismus unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes schöpferisch angewandt wurde.

Gerade heute, da der Imperialismus mit seinem Konfrontations- und Hochrüstungskurs die internationale Lage enorm zuspitzt, wird die weitreichende Bedeutung der Gründung der Organisation des Warschauer Vertrages so richtig deutlich. Denn mit dem Warschauer Vertrag entstand eine Kampfgemeinschaft neuen Typs, die sich grundsätzlich von allen Militärbündnissen unterscheidet, die es bisher in der Geschichte gegeben hat.

Der Warschauer Vertrag ist ein Militärbündnis, dessen oberstes Gebot nicht in der Vorbereitung und Auslösung, sondern in der Verhinderung eines Krieges besteht. Das bestimmende Motiv seines Handelns ist, das wurde auf der turnusmäßigen Tagung der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten am 3. Dezember 1984 in Berlin erneut unterstrichen, den Frieden als höchstes Gut der Menschheit zu bewahren.

Mit dieser Berliner Tagung setzten die Bruderländer die kollektiven Anstrengungen der sozialistischen Gemeinschaft fort, mit denen sie um die Realisierung aller jener friedenssichernden Vorschläge ringen, wie sie in der Prager Deklaration und in den Dokumenten der anderen Treffen der führenden Repräsentanten unserer Verbündeten Staaten enthalten sind.

## **Der Sozialismus ist nicht erpreßbar**

Die DDR gehört zur ersten Staatenkoalition der Menschheitsgeschichte, die, um zu gedeihen, Frieden braucht und Frieden schafft. Diesem Prinzip folgend, haben unsere Parteien in fester Kampfgemeinschaft mit der KPdSU stets rechtzeitig die grundlegenden Tendenzen der militärpolitischen Entwicklung analysiert und die aggressiven Pläne der NATO entlarvt. Vorausschauend konnten immer jene Aufgaben gestellt werden, deren Lösung notwendig war, um die Absichten der imperialistischen Kriegstreiber zu durchkreuzen.

Besonders von der Sowjetunion gingen und gehen ständig neue Impulse für das weltweite Ringen um Frieden, Sicherheit und Abrüstung aus. Dabei ließ sich die KPdSU stets davon leiten, daß ein politisch, ökonomisch und militärisch starker Sozialismus eine entscheidende Bedingung für die Zurückdrängung der friedensgefährdenden Mächtschaften des Imperialismus ist.

Wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse Michail Gorbatschow, auf dem Außerordentlichen Plenum des ZK der Sowjetunion am 11. März 1985 erneut betonte, ist es das erste Gebot für Partei und Staat, „die brüderliche Freundschaft mit unseren engsten Kampfgefährten und Verbündeten - den Ländern der großen sozialistischen Gemeinschaft - zu hüten und allseitig zu festigen. Wir wer-